



Analyse des Koalitionsvertrags von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Berlin. Nach Einschätzung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) liefert der Koalitionsvertrag der sogenannten Ampel-Koalition wichtige Impulse für Klimapolitik und Naturschutz, die gegenüber der Vorgängerregierung einen Fortschritt bedeuten. Aber die Ampel ist nicht auf 1,5-Grad-Pfad und die umweltpolitischen Projekte stehen auf finanzpolitisch wackeligen Füßen. Die ersten Monate werden zeigen, wie ernst die Bundesregierung ihren Koalitionsvertrag nimmt. Der Schutz der Biologischen Vielfalt ist prominent festgeschrieben. Doch wird er wirksam? Viele der dazu geplanten Projekte zeigen vor allem die unterschiedlichen Ambitionsniveaus der neuen Partner*innen. Denn entweder fehlen Zielwerte oder konkrete Ausgabehöhen für z.B. den Umbau der Landwirtschaft, den Schutz von Mooren, die Ausstattung von Artenschutzprogrammen. Es wird einen starken BUND brauchen, um aus den Worten konkrete Verbesserungen für den Erhalt der Biologischen Vielfalt, den Schutz von Flüssen, Wäldern, von Nord- und Ostsee oder die Renaturierung von Auen und Mooren werden zu lassen. Verpasst hat das Bündnis, ein konsequentes umweltpolitisches und klimagerechtes Leitbild für die kommende Legislaturperiode zu setzen. Die Ampel bricht nicht mit der Wachstumslogik von „schneller, höher, weiter“ und vermeidet so die dringend notwendige Debatte um systemische Energieeinsparung in allen Sektoren.

Klima

Der Koalitionsvertrag ist nicht auf 1,5-Grad-Pfad. Das Ziel der Klimaneutralität ist dafür zu spät. Der Koalitionsvertrag ist zudem an vielen Stellen widersprüchlich. Positiv ist: das Klimaschutzgesetz soll weiterentwickelt werden und die Verantwortung jedes einzelnen Sektors ist im Vertrag unterstrichen worden; der Kohleausstieg 2030 ist im Koalitionsvertrag verankert; der Ausbau der erneuerbaren Energien mit einem erhöhten Ziel von 80 % bis 2030 bei angepasstem Stromverbrauch; die dezentrale Energiewende in Bürgerhand soll gestärkt werden. Diese Ankündigungen müssen nun mit Maßnahmen abgesichert werden. Zudem muss geklärt werden, wie der Ausbau von Solarenergie und Wind an Land aussehen soll - dringend sind jährliche Ausbaupfade für Solar und Onshore. Denn nach unserer Einschätzung sind die enormen Mengen an Offshore-Wind nicht naturverträglich umsetzbar. Die dringend nötige Planungsbeschleunigung geht der Koalitionsvertrag an. Wir begrüßen die bessere Ausstattung der Verwaltung und die frühzeitige Einbeziehung von Bürger*innen in Planungsprozesse, um Konflikten möglichst frühzeitig begegnen zu können. Kritisch begleiten werden wir die Umsetzung der im

Koalitionsvertrag verankerten unionsrechtlich zulässigen materiellen Präklusion, die Mitwirkungspflicht der anerkannten Naturschutzverbände sowie die Ausweitung verwaltungsinterner Fristen und Genehmigungsfiktionen bei Beteiligung weiterer Behörden. Diese Maßnahmen scheinen mit einem naturverträglichen Ausbau in Widerspruch zu stehen. Die Abweichung der Ampelkoalition zum 1,5-Grad-Pfad allerdings wird nirgendwo so deutlich, wie bei den Energieträgern Gas und Wasserstoff. Eine Politik des Markthochlaufes von Wasserstoff ohne Nachhaltigkeitskriterien und Rahmensetzung setzt falsche Anreize und hemmt den Ausstieg aus den Fossilen. Auch die Kriterien für Wasserstoffimporte sind viel zu schwach, um wirklich eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft aufzubauen. Zudem fehlen systemische Energieeinsparungen in allen Sektoren als unabdingbare Säule der Energiewende.

Mobilität

Der Bereich Mobilität wird voraussichtlich einer der größten umweltpolitischen Herausforderungen in der kommenden Legislatur. Im Koalitionsvertrag findet sich viel Antriebswende, zu wenig Mobilitätswende. Aussagen zur Reduktion der Zahl von Autos fehlen. Auch bei der Abschaffung klimaschädlicher Subventionen für Pkw und Flugverkehr, einer Verbesserung der ÖPNV-Finanzierung oder beim Verbrennerausstieg bleibt die Ampel vage und hinter den klimapolitischen Notwendigkeiten zurück. Der angekündigte Dialogprozess zum Fernstraßenbau muss jetzt schnell handlungsfähig werden. Bis dahin laufende Projekte müssen gestoppt werden. Wir appellieren an den neuen Verkehrsminister, auf dieser Basis jetzt eine nachhaltige Mobilitätspolitik zu schaffen.

Agrar-, Waldpolitik und Fischerei

Für Tierhaltung, Ökolandbau und Pestizide sind ambitionierte Ziele ausführlich beschrieben, allerdings ohne dafür zusätzlichen Mittel zu hinterlegen. Stattdessen soll über eine privatwirtschaftlich co-finanzierte Initiative Geld für den Umbau der Tierhaltung eingesammelt werden. Verbindliche Tierhaltungskennzeichnung und Prüf- und Rechtsvereinbarungen für Stallbauten sollen in Verbindung mit Investitionsförderungen Verbesserungen in der Tierhaltung bringen. Weitere positive Ziele sind die Anpassung der Tierbestände an die Fläche, 30 % Ökolandbau bis 2030, Förderung der Alternativen zu chemisch-synthetischen Pestiziden und der Verzicht auf Glyphosat. Der BUND appelliert an den künftigen Agrarminister, auf Verschiebungen im Haushalt hinzuwirken, um die Umsetzung und Begleitung sicherzustellen und durch eine Schwerpunktverschiebung einen nachhaltigeren Ackerbau umzusetzen.

Positiv ist auch das Bekenntnis, die Begleitverordnungen zum nationalen Strategieplan der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unverzüglich anzupassen, um sie ökologischer zu gestalten. Gleiches gilt für die Stärkung von Züchtung ohne Gentechnik und das Bekenntnis zu Transparenz. Ein ähnliches Bekenntnis vermissen wir hingegen zur Regulierung. Insgesamt bildet der

Koalitionsvertrag zu Landwirtschaft und Ernährung zentrale Forderungen der Zukunftskommission Landwirtschaft ab, an deren Kompromiss BUND und BUNDjugend zentral mitgearbeitet haben. Mit der Novellierung des Bundeswaldgesetzes und der Entwicklung eines Honorierungssystems für Ökosystemdienstleistungen geht die neue Bundesregierung wichtige Schritte für den Wald an.

Leerstellen sind hingegen das Fehlen klarer Zielmarken bei der Pestizidreduktion, die fehlende Pestizidabgabe und ein ambitionierter Aufschlag im Umgang mit der Nitratproblematik (Düngeverordnung). Zudem bleibt die Regulierung der Fischerei enorm schwach. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Zukunftskommission Fischerei kann nur ein Erfolg werden, wenn die Ampelkoalition vor Beginn eine klare politische Linie vorgibt. Die Fehler vergangener Kommissionen sollte die Ampel im Sinne eines lernenden Staates nicht wiederholen.

Natur-, Meeres- und Gewässerschutz

Der Naturschutz im Koalitionsvertrag startet mit großen Reparatur-Ambitionen einer Blockadehaltung der letzten 16 Jahre. Langjährige BUND-Forderungen, wie die deutliche Stärkung der Naturschutzfinanzierung finden sich wieder. Die Finanzierung soll einerseits über ein ETS finanziertes Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz erfolgen. Die zudem geplante Einführung eines Bundesnaturschutzfonds begrüßen wir ausdrücklich. Auch die Unterstützung der BUND-Forderung nach einem Europäischen Grünen Band ist ein Erfolg! Die Verwirklichung von 30 % international und national gut funktionierenden Schutzgebieten, konkrete Aktionsprogramme für bedrohte Arten und Lebensräume und die Ankündigung einer nationalen Moorschutzstrategie stimmen hoffnungsvoll. Im Koalitionsvertrag fehlen jedoch konkrete Finanzierungszusagen und eine kohärente Strategie, den Treibern des Artensterbens zu begegnen. Es ist erfreulich, dass das Ziel der naturverträglichen Ausgestaltung der Energiewende genannt wird, allerdings finden sich hierzu auch Aussagen im Koalitionsvertrag, die als widersprüchlich gelesen werden können (siehe Klima). Ähnlich verhält es sich beim Meeresschutz. Wir wollen explizit lobend erwähnen, dass dieser einen breiten Raum einnimmt. Die vom BUND geforderte Meeresschutzoffensive, bei der unter anderem 10 Prozent der Außerwirtschaftszone (AWZ) streng geschützt werden soll, ist sehr positiv zu bewerten. Vollkommen unverständlich hingegen ist für uns der Ausbaupfad bis 2045 von 70 GW Offshore. Wir halten insgesamt 15 GW für maximal naturverträglich gestaltbar. Auch die technische Machbarkeit auf Grund der Netzanbindung erschließt sich uns nicht. Eine große Enttäuschung ist darüber hinaus, dass die Entwicklung naturnaher Flusslandschaften trotz ihrer besonderen Rolle für den Arten- und Klimaschutz, insbesondere als Hochwasservorsorge und Wasserrückhalt, ignoriert wurde. Stattdessen wird der Ausbaudruck durch die Stärkung der Güterschifffahrt erhöht. Auch bleibt die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie inklusive der Erreichung des Ziels eines guten ökologischen Zustands der Gewässer bis 2027 unklar.

Wirtschaft, Industrie, Handel und Finanzen

Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte hat bisher systematisch die Erfolge in der Naturschutz- und Umweltpolitik untergraben. Eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und dem absoluten Verbrauch von Ressourcen, Energie und Flächen ist unrealistisch. Der BUND muss in den nächsten Jahren weiter für eine Wirtschafts- und Industriepolitik streiten, die dafür sorgt, dass die planetaren Grenzen gewahrt werden. Das bedeutet vor allem insgesamt absolut weniger Ressourcen-, Energie- und Flächenverbrauch. Hier ist die nächste Bundesregierung in der Pflicht, Strategien zu entwickeln. Doch zu dieser zentralen Herausforderung oder zu Weichenstellungen hin zu einer Postwachstumspolitik trifft der Koalitionsvertrag keinerlei Aussagen. Dabei braucht es angesichts der eskalierenden ökologischen Krisen dringend eine ehrliche Debatte um systemische Einsparungen des Verbrauchs von Ressourcen, Energie und Fläche. Dies umfasst insbesondere die energieintensive Produktion von Grundstoffen aus fossilen Rohstoffen, die energieintensive Produktion von Düngemitteln und Pestiziden sowie die energieintensive Produktion von Stahl und Zement, die perspektivisch gesenkt werden muss. Der BUND fordert einen Plan vorzulegen, wie ein solcher Umbau der Industrien sozial gerecht erfolgen kann. Umso frühzeitiger solche Strategien entstehen, desto sozial gerechter kann ein Umbau erfolgen. Der Koalitionsvertrag hingegen verschließt die Augen vor diesen Notwendigkeiten. Auch kritisieren wir, dass nicht einmal die massiven umweltschädlichen Subventionen angemessen reduziert werden. Die Subventionierung von Diesel soll lediglich überprüft werden, das Dienstwagenprivileg soll unzulänglich angepasst werden und der Versuch, die Pendlerpauschale anzugehen, wurde bereits in den Sondierungen abgebremst. Die enormen Subventionen im Flugverkehr und für die Industrie werden gar nicht erst erwähnt, obwohl in der Industrie teilweise Vergünstigungen an Effizienzkriterien geknüpft werden. Es gibt keinen Ausstieg aus dem Energie-Charta-Vertrag und keine Festlegung, CETA nicht zu ratifizieren. Und auch das Bekenntnis, die EU-Taxonomie mit fossilem Gas und Atom zu verhindern, fehlt.

Chemikalienpolitik

Erfreulich ist, dass der Bereich Chemikalienpolitik als solcher Eingang gefunden hat. Fluorchemikalien, Mikroplastik, hormonaktive Substanzen und fehlende Kontrollen werden als Problemfelder erkannt. Allerdings lässt sich aus dem Koalitionstext kein Leitbild für den nachhaltigen Umbau der Chemieindustrie erkennen. Der Koalitionsvertrag adressiert nicht, wie dem immensen Energie- und Ressourcenbedarf durch das starke Wachstum im Chemiesektor entgegengewirkt werden kann. Auch qualitative Ziele wie Chemikalien „safe-by-design“ fehlen. Die Aufnahme des chemischen „Recyclings“ als Option sehen wir äußerst kritisch mit Blick auf den Einsatz von Chemikalien und die hohen Energieverbräuche. Das mechanische Recycling sollte immer Vorrang haben.

Ressourcenschutz

Der BUND begrüßt die im Koalitionsvertrag vereinbarten Schritte im Bereich Ressourcenschutz. Der Koalitionsvertrag hält an der Senkung des primären Rohstoffverbrauchs fest und will dazu den bestehenden rechtlichen Rahmen anpassen, klare Ziele definieren und abfallrechtliche Vorgaben überprüfen. Dies ist ein starker Erfolg der ressourcenpolitischen Arbeit des BUND! Auch die benannte nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie ist ein wichtiger Schritt. Sie sollte aber nicht nur die rohstoffpolitischen Strategien der Bundesregierung bündeln, sondern muss auch konsistent mit der Produkt-, Abfall- und Rohstoffpolitik sein. Digitale Produktpässe, das Prinzip der Datensparsamkeit sowie ein Recht auf Reparatur sind ebenfalls wichtige Meilensteine – allerdings sollte letzteres unbedingt herstellerunabhängig sein. Leider nicht berücksichtigt wird, dass Produkte aus schadstofffreien Materialien bestehen müssen, um den Stoffkreislauf so gut wie möglich schließen zu können. Wir werden beim Thema Mehrweg-Systeme darauf hinwirken, dass verbindliche Quoten und Sanktionsmechanismen damit verbunden werden.

Wohnen, Bauen und Flächenschutz

Wir begrüßen, dass die Klima-Standards für den Neubau deutlich angehoben werden und die graue Energie und der Ressourceneinsatz stärker in den Fokus rücken sollen. Bei der Überarbeitung des GEG muss gewährleistet werden, dass gebäudeindividuelle Anforderungen an die Senkung des Wärmebedarfs erhalten bleiben. Wie die Modernisierungsrate substantiell gesteigert werden soll, beantwortet der Koalitionsvertrag nicht. Dafür braucht es einen rechtlich verbindlichen Modernisierungsfahrplan. Positiv ist zu bewerten, dass Klima- und Sozialpolitik stärker zusammen gedacht werden. Erste gute Ansatzpunkte dafür sind die Klimakomponente im Wohngeld, die Einführung einer Teilwarmmiete sowie die neue Wohngemeinnützigkeit. Bei der dringend notwendigen Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fehlt hingegen die zentrale Perspektive, diesen im Bestand und mit einem minimalen Einsatz an Ressourcen und Fläche zu gewährleisten, etwa durch Umbau, Aufstockung, Umfunktionierung. Wir unterstützen, dass das vereinfachte Bauen im Außenbereich ein Ende haben soll. Das Flächensparziel muss jedoch auf Netto-Null gebracht werden. Es wird zudem auf die Wirksamkeit der konkreten Maßnahmen ankommen, die die Ampel-Koalition vorlegen möchte. Bei der Umsetzung ist entscheidend, dass aus den positiven Ansätzen eine systematische Strategie in der Bau-, Wohn- und Flächenpolitik wird, die sich an ökologischen wie sozialen Zielen gleichermaßen ausrichtet.

Kontakt BUND-Pressestelle:

Daniel Jahn | Judith Freund | Heye Jensen

Tel. 030-27586-425 | -497 | -464 | E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Informationen zur Datenverarbeitung des BUND nach DSGVO finden Sie unter www.bund.net/datenschutz